

## FORUM

# Energiewende gegen die Armut

Deutschland braucht eine Bildungs- und Aufstiegsstrategie für die sozial Benachteiligten. Ein Vorbild dafür könnte die Initiative in Großbritannien sein. *Von Sebastian Gallander*

Als vor einer Woche bekannt wurde, dass die Bundesregierung in ihrem neuen Armutsbericht den Satz entfernt hat, dass die Privatvermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt seien, brach ein Hurrikan der Kritik über Berlin herein. Doch wenn die Regenwolken durchgezogen sind, sieht man, dass dieser Bericht auch Grund zur Hoffnung gibt:

Die Bundesregierung untersucht darin nämlich nicht mehr einfach nur die bestehende soziale Spaltung, sondern die „soziale Mobilität“. Das heißt, sie hat den typischen Lebensverlauf eines Menschen analysiert, um zu erkennen, wo die größten Abstiegsrisiken und Aufstiegschancen liegen. Wenn wir uns also den Bildungs- und Berufsweg als eine Zugfahrt vorstellen, dann hat die Bundesregierung nun eine Karte des gesamten Schienennetzes und kann sehen, welche Weichen verklemmt sind. Diese Karte ist die entscheidende Grundlage für den nächsten Schritt.

Deutschland braucht eine soziale Mobilitätsstrategie. Die Bundesregierung kann sich dabei an der britischen Regierung orientieren. Auch diese hat zunächst die Aufstiegschancen in allen Lebensphasen identifiziert, aber auf dieser Basis dann eben auch eine eigenständige Strategie entwickelt. Nach nur gut einem Jahr kann sie heute bereits erste Fortschritte vorweisen. Natürlich ist die Lage in Großbritannien besonders schwierig. Gerade deshalb

kann sich die Bundesregierung dort drei Erfolgsfaktoren für ihre eigene soziale Mobilitätsstrategie abschauen.

Erstens, eine klare Vision und die Verankerung des Themas an der Regierungsspitze: Die britische Regierung hat es zu einem ihrer wichtigsten Leitbilder erklärt, eine faire Gesellschaft zu schaffen, in der sich jeder frei entfalten kann. Deshalb hat sie sich das Ziel gegeben, die soziale Mobilität zu verbessern, und die Verantwortung dafür direkt beim Vizepremierminister angesiedelt. In Deutschland ist ein so deutliches Bekenntnis bisher nicht erkennbar, und der Vizekanzler ist bisher eher dadurch aufgefallen, dass er den Armutsbericht im Vorfeld öffentlich kritisiert hat, weil er eine höhere Belastung der Reichen verhindern wollte.

Zweitens, die effiziente Koordination aller staatlichen Maßnahmen: Die Bundesregierung unternimmt hier zwar schon eine ganze Reihe von Maßnahmen, aber diese scheinen bisher eher unverbunden nebeneinander her zu laufen – das Familien-

ministerium ist für die Förderung der Kinder- und Jugendhilfe zuständig, das Bildungsministerium für das Bafög, das Sozialministerium für die Arbeitsvermittlung, das Wirtschaftsministerium für die berufliche Weiterbildung, das Verkehrsministerium für die benachteiligten Stadtviertel und die Integrationsministerin für die Migranten. Hinzu kommen die Abstimmungsprobleme mit den Ländern, wie beispielsweise beim Kita-Ausbau und in der

## Das Thema muss an der Regierungsspitze verankert werden

Schulpolitik. Die britische Regierung bündelt all diese Maßnahmen in ihrer sozialen Mobilitätsstrategie. Sie sind nach den Lebensphasen eines Menschen geordnet und mit Indikatoren versehen, anhand derer sich ihre Wirkung messen lässt. Die eigentliche Durchführung der Maßnahmen erfolgt jedoch weiterhin dezentral – aber

eben nicht losgelöst voneinander, sondern eingebunden in eine zielgerichtete Gesamtstrategie, die durch den Vizepremierminister gesteuert wird.

Drittens, die Einbindung aller nicht-staatlichen Akteure: Der Staat kann die Verbesserung der sozialen Aufstiegschancen nicht allein bewältigen, und er kann sie auch nicht von oben verordnen. Dies ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft.

Der Staat muss jedoch die gesellschaftlichen Gruppen dafür mobilisieren. Die britische Regierung versucht beispielsweise, die Unternehmen dafür zu gewinnen, Mentoren-Programme zu starten, Berufsvorbereitung in den Schulen anzubieten, bezahlte Praktikumsplätze bereitzustellen und auch sozial schwächeren Jugendlichen den Zugang zu allen Berufen zu öffnen. Sie wirbt bei den Universitäten darum, mehr Schulabgängern ein Studium zu ermöglichen, und sie arbeitet mit gemeinnützigen Organisationen zusammen, die sich um arme Kinder kümmern.

Alle drei Erfolgsfaktoren der britischen sozialen Mobilitätsstrategie sind in Deutschland jedoch nicht neu, sondern werden zurzeit sogar schon ausprobiert – bei einer der größten politischen Herausforderungen in der Geschichte der Bundesrepublik.

Nach der Reaktor-Katastrophe von Fukushima hat die Bundesregierung die Energiewende eingeläutet. Sie hat die klare Vision, bis 2022 aus der Kernkraft auszustiegen, und wird von der Bundeskanzlerin persönlich vorangetrieben. Alle staatlichen Maßnahmen, von der Solarförderung über den Netzausbau bis zur energetischen Gebäudesanierung sind im sogenannten Energiekonzept zusammengefasst und werden durch den Bundesumweltminister koordiniert. Die Staatssekretäre aller beteiligten Ressorts treffen sich hierzu regelmäßig, ebenso wie die Ministerpräsidenten der Länder. Auch die nicht-staatlichen Akteure wie Stromkonzerne und Verbraucherverbände werden von vornherein mit einbezogen.

Klar ist: Die Umsetzung der Energiewende ist nicht perfekt. Klar ist aber auch: Wenn eine derart umfassende gesellschaftliche Veränderung überhaupt gelingen kann, dann nur durch eine entschlossene Gesamtstrategie. Eine entschlossene Gesamtstrategie brauchen wir auch für die Verbesserung der sozialen Mobilität. Nur so können wir die Bildungs- und Auf-

stiegsmöglichkeiten für sozial Benachteiligte erhöhen. Genau wie bei der Energiewende bedeutet dies zwar zunächst mehr Kosten, aber noch mehr Chancen.

Wir stärken den Zusammenhalt der Gesellschaft, und wir helfen der Wirtschaft, die aufgrund des demografischen Wandels bald dringend mehr gut ausgebildete Fachkräfte brauchen wird. Schließlich hilft all dies auch dem Staat, denn er muss weniger für die Folgen ausgeben, die durch die unzureichende Bildung junger Menschen entstehen. Diese Folgekosten, wie Steuerausfälle und Sozialleistungen, summieren sich über das gesamte Berufsleben, laut dem Armutsbericht, für jeden neuen Jahrgang auf mehr als eine Milliarde Euro. Auch für Deutschland gilt also, was der britische Vizepremierminister, Nick Clegg, auf den Punkt gebracht hat: Soziale Mobilität ist eine langfristige Wachstumsstrategie.



Sebastian Gallander leitet das Projekt „Soziale Mobilität“ der Vodafone-Stiftung und der Stiftung Neue Verantwortung. Foto: oh